



Rede

Tag der Deutschen Industrie
Dienstag, den 3. November 2015, Berlin

Ulrich Grillo
BDI-Präsident

Es gilt das gesprochene Wort.

Wenige Schritte von hier entfernt liegt der Berliner Ostbahnhof. Der hieß nicht immer so. Zwischenzeitlich hieß er mal Schlesischer Bahnhof. Und Ende des 19. Jahrhunderts bezeichneten die Berliner ihn als „katholischen Bahnhof“, denn er war bekannt dafür, dass hier vor allem Menschen aus katholisch geprägten Teilen Ostpreußens ankamen. Einige von Ihnen waren nur auf der Durchreise. Andere blieben. Sie suchten und fanden in der weltoffenen Metropole mehr Toleranz und bessere Chancen als in den traditionell geprägten Milieus auf dem Land.

Heute fliehen wieder Menschen nach Deutschland.

Sie treffen hier auf große Gastfreundschaft und große Hilfsbereitschaft. Sie treffen aber auch auf eine Gesellschaft, in der der Zustrom von Flüchtlingen Angst und Verunsicherung auslöst.

Und sie treffen auf ein Europa, das zwischen Mitgefühl und Angst schwankt. Noch nie zuvor war das neue Europa der Nachkriegszeit für so viele Menschen so verheißungsvoll wie heute. Gleichzeitig aber war dieses Europa selten so gefordert wie heute.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift

Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1463
F: 030 2028-2463

Internet
www.bdi.eu

Deshalb stehen alle, die in Europa politische Verantwortung tragen, in einer historischen Pflicht. Die EU muss sich wandeln, wenn sie weiter bestehen will. Entscheidend ist dabei, dass alle verstehen: Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam lösen: Politik und Wirtschaft. Kultur und Gesellschaft. Deutsche und Europäer.

Ich heiße Sie noch einmal alle herzlich willkommen hier im Postbahnhof am Ostbahnhof in Berlin zum Tag der Deutschen Industrie 2015. Ich danke insbesondere Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dass Sie uns die Ehre Ihres Besuches erweisen. Dass Sie sich trotz aller Krisen und Herausforderungen die Zeit nehmen, zeigt uns, welche Bedeutung Sie der deutschen Industrie beimessen. Das freut uns sehr! Wie schon in den zurückliegenden Jahren danke ich unserem Hauptsponsor Deloitte, lieber Herr Professor Plendl, ohne dessen großzügige Unterstützung diese Veranstaltung nicht stattfinden könnte!

Die Frage nach der richtigen Antwort auf die Flüchtlingsproblematik hat viele Adressaten. Neben drängenden Fragen an die Politik und den einzelnen Bürger stellen sich natürlich auch Fragen an die Wirtschaft: Wie können Menschen, die das Recht haben, bei uns zu bleiben, dauerhaft über Arbeit integriert werden? Wie kann die Wirtschaft auch in dieser schwierigen Zeit die Kraft aufbringen, um dauerhaft das Wachstum und die Werte zu schaffen, die notwendig sein werden, um diese Herausforderungen ohne dramatische Verwerfungen zu meistern?

Der BDI hat sich gemeinsam mit BDA, DIHK und ZDH schon sehr früh zu der Verantwortung der Wirtschaft bekannt. Wir haben in unserer Erklärung auch davor gewarnt, überzogene Erwartungen an schnelle und einfache Lösungen zu entwickeln. Es ist richtig, dass wir Herausforderungen annehmen, auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass sie uns einiges abverlangen werden. Aber wir müssen neben solchen moralischen Positionierungen noch mehr leisten: Wir müssen auch sagen, wie genau wir denn das alles schaffen wollen. Wir müssen den Bürgern die Möglichkeit geben, mitzudiskutieren, in welchem Maße Deutschland Einwanderungsland sein will.

Und wir müssen trotz der ungeheuren Aktualität der Herausforderung auch über die Dinge sprechen, die notwendig sind, um die Stärke unserer Wirtschaft zu erhalten. Denn eines ist klar: Die gesellschaftliche Integration ist eine politische Aufgabe. Die wirtschaftliche Integration ist eine wirtschaftspolitische Aufgabe, die ohne robuste und erfolgreiche Unternehmen nicht gelingen wird. Wir brauchen gerade auch vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise eine starke Wirtschaft. Dringender denn je.

Die Große Koalition hat bereits die Hälfte ihrer Regierungszeit hinter sich. Es ist Halbzeit! Beim Fußballspiel würde die Mannschaft jetzt in der Kabine sitzen. Die Botschaft des Trainers aus der Wirtschaft wäre: Sie hat viel Zeit verloren und einige Eigentore geschossen: Rente mit 63, Maut und Mindestlohn, und viele andere mehr. Das waren und sind – wenn überhaupt –, Spielzüge für eine Politik in unbeschwerten Zeiten. Wenn wir je solche Zeiten hatten: jetzt sind sie definitiv vorbei! In der zweiten Halbzeit muss die Politik wieder auf das richtige Tor schießen!

Die deutsche Wirtschaft zeichnet das enge Zusammenspiel zwischen den großen Unternehmen und dem starken, von Familienunternehmen geprägten Mittelstand aus. Ich sehe viele Familienunternehmer-innen und -unternehmer im Saal. Für Sie alle ist ein besonderes politisches Thema zentral: die Reform der Erbschaftsteuer. Wir setzen uns weiter mit Nachdruck dafür ein, dass das Betriebsvermögen eigentümer- und familiengeführter Unternehmen von der Erbschaftsteuer entlastet wird. Damit der Erhalt Ihrer Unternehmen bei Firmennachfolgen gesichert bleibt und die von Ihnen in Ihr Unternehmen investierte Lebensenergie nicht umsonst war.

Energie – ein weiterhin hochbrisantes Thema. Die EEG-Umlage und die Netzkosten steigen – und sie werden weiter steigen, wenn die Politik nicht endlich beherzt gegensteuert. Die EEG-Umlage steigt mit 6,354 Cent pro Kilowattstunde auf eine Rekordhöhe! Dies ist ein gravierender Wettbewerbsnachteil für die deutschen Unternehmen, der in Zukunft noch dramatischer wird. Deutschlands Industriestrompreise zählen nach wie vor zu den höchsten in Europa und in der Welt.

Die hohe Belastung des Produktionsfaktors Strom gefährdet unsere Industrien und damit ganz konkret Firmenexistenzen und natürlich dadurch die ihrer Mitarbeiter. Auch die Zukunft der Energieversorger und damit die dringend benötigte sichere Energieversorgung der deutschen Wirtschaft stehen auf dem Spiel. Bei der Energiewende liegt der Großteil der Arbeit noch vor uns. Da haben wir noch nicht einmal Halbzeit.

Existentiell ist auch der Umgang mit dem Thema Digitalisierung. Google, Facebook, Microsoft, Apple oder Samsung sind weltweit führend – und weiten ihre Geschäftsmodelle immer weiter aus. Eine vergleichbare Phalanx großer Player gibt es in Europa im IT-Segment nicht. SAP kämpft hier doch recht einsam. Keine Frage: Die Amerikaner sind besser bei B to C aber nicht bei B to B. Die deutsche Industrie mit ihrer einzigartigen Produktionslandschaft ist, wenn Sie mir das erlauben, ein fruchtbarer Boden für alle Aspekte der Digitalisierung.

Was brauchen wir, um bei Industrie 4.0 erfolgreich zu sein? Um zu ernten? Wir brauchen „Breitband für alle“ – eines unserer Kernanliegen. Denn ein schnelles Netz ist das Fundament, auf dem die digitale Zukunft der Industrie fußt. Gleiches gilt für den Datenschutz und die Datensicherheit. Hier müssen wir in Deutschland und in Europa schnelle und entschlossene Fortschritte machen. Wir brauchen eine europäische Agenda für die Digitalisierung und einen einheitlichen digitalen Binnenmarkt. Mit einem solchen Binnenmarkt könnten wir für unsere Unternehmen einen großen Heimatmarkt schaffen. Unternehmen der digitalen Wirtschaft, allen voran der Telekommunikationssektor, müssen derzeit in der EU ihre Geschäftsmodelle an 28 unterschiedliche Märkte anpassen – ein Unding.

Meine Ausführungen wären nicht vollständig, wenn ich nicht auch das Thema Volkswagen ansprechen würde. Um es klar zu sagen: Die bewusste Verzerrung von Abgastests ist inakzeptabel. Dieses Fehlverhalten passt nicht zum Selbstverständnis der deutschen Industrie. Transparenz, Gründlichkeit und Tempo bei der Aufarbeitung sind die einzig richtigen Antworten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Volkswagen sich unter der neuen Führung der eigenen Verantwortung für den Ruf der deutschen Industrie voll und ganz bewusst ist. Ist jetzt der Wert des einzigartigen Gütesiegels „Made in Germany“ in Gefahr? Steht die deutsche Ingenieurkunst in Frage? Eindeutig nein. Das zeigen die Reaktionen der internationalen Medien, aber auch viele Gespräche im Ausland. In Deutschland gilt weiterhin nicht nur das Leitbild des „Ehrbaren Kaufmanns“ sondern auch das des „Ehrbaren Ingenieurs“. Ich bin fest davon überzeugt, dass nicht nur die deutsche Automobilindustrie, sondern die gesamte deutsche Industrie stark und weltweit führend ist und bleibt.

Die eben genannten Themen Energie, Erbschaftssteuer, Digitalisierung und Vertrauen in die deutsche Industrie sind wichtige wirtschaftsinnenpolitische Themen. Diese Themen beeinflussen aber auch unsere Exporterfolge. Wir sind stark im Export und in Auslandsdirektinvestitionen und werden als Partner auf der ganzen Welt geschätzt. Wir sind aber zugleich noch unsicher, wie denn unsere deutsche Rolle – politisch und wirtschaftlich – in der sich rasch verändernden Welt aussehen soll.

Die Augen der Welt richten sich immer häufiger auf uns als Vermittler, als Unterstützer, als Geldgeber und als militärischer Verbündeter. Dies ist nicht nur Sache der Politik. Wir müssen als Wirtschaft und Politik gemeinsam über Wege nachdenken, wie wir unsere gestiegene Verantwortung wahrnehmen – und zwar national wie international. Wir – und ich betone es noch einmal: Politik und Wirtschaft gemeinsam – müssen das Umfeld unserer Aktivitäten aktiv mitgestalten. Ganz konkret die Globalisierung und die Europäische Union.

Die Globalisierung ist die Grundtatsache unserer Zeit. An ihren Anforderungen müssen wir alles messen. Wir alle wissen: Deutschland zählt zu den Gewinnern der Globalisierung. Die Exportnation Deutschland ist auf internationalen Handel angewiesen.

Unsere Schlüsselindustrien – vor allem der Maschinenbau, die Chemie- und die Automobilindustrie – haben ihre wesentlichen Wachstumsimpulse in den letzten Jahren nicht aus den stagnierenden Märkten Europas erhalten. Nein, sie haben ihre wesentlichen Wachstumsimpulse vielmehr aus den Schwellenländern erhalten, vor allem aus China und Indien. Genau dort aber, in den sogenannten BRIC-Ländern, verzeichnen wir jetzt einen Rückgang beim Wachstumstempo. Brasilien ist in die Rezession gerutscht. In Russland sieht es noch dramatischer aus. Selbst dem chinesischen Drachen geht die Luft etwas aus.

Wenn nicht vor diesem Hintergrund, dann vor welchem anderen sollte eine Chance wie TTIP ergriffen werden? Wenn Handels- und Investitionsbarrieren abgebaut werden, verbessert das den Marktzugang und senkt die Kosten für die Unternehmen. Daraus kann neues Wachstum entstehen. Dieses Wachstum wiederum sichert und schafft Arbeitsplätze ebenso wie neuen Wohlstand. Beim BDI sagen wir daher ganz klar „Klare Regeln-echte Chancen: Ein starkes TTIP für Deutschland“. Wir brauchen TTIP und wir wollen TTIP.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, ich möchte Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich für Ihr konsequentes Ja zu einem guten TTIP-Abkommen danken. Der BDI und seine Mitglieder werden Sie hier auch weiter unterstützen und erhebliche Anstrengungen unternehmen, die Diskussion um TTIP sachlich und konstruktiv zu gestalten. Ja: Viele Bürger befürchten den Abbau unserer hohen deutschen und europäischen Standards. Doch darum geht es überhaupt nicht. Andersherum wird ein Schuh draus: Wenn wir uns zusammentun, dann können die EU und die USA gemeinsame Regeln und Standards entwickeln, die dann weltweite Geltung bekommen würde. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie andere die Zukunft der Weltwirtschaft definieren, z.B. im Rahmen der Transpazifischen Partnerschaft TPP!

TTIP wird richtigerweise federführend von Brüssel verhandelt. Die Staaten Europas haben nur gemeinsam eine Chance im weltweiten Wettbewerb.

Europa kann stark sein, mit seinen 500 Millionen Menschen, mit seiner Geschichte, mit seiner Vielfalt. Doch leider stimmt auch, was Jean-Claude Juncker, erst kürzlich in seiner Rede zur Lage der Union beschrieben hat. Zitat: „Unsere Europäische Union ist in keinem guten Zustand. Es fehlt an Europa in dieser Union. Und es fehlt an Union in dieser Europäischen Union.“

Das gilt ja nicht nur für wirtschaftliche Fragen, und nicht nur für Fragen der richtigen institutionellen Organisation. Es gilt auch für die politische Kultur und für die zentrale Frage: Welches Bild haben wir von Europa? Welche Zukunft wollen wir für unseren Kontinent? Und was trauen wir uns zu?

Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir diese Union weiter entwickeln. Ist der Nationalstaat, wie wir ihn seit gut 200 Jahren kennen, wirklich das letzte Wort in der geschichtlichen Entwicklung? Schon heute sind nationalen Entscheidungen enge Grenzen gesetzt. Der Weg, den wir gehen wollen, ist der Weg von Offenheit und der Weg des Austauschs. Es ist der Weg des Miteinanders im Sinne einer stärkeren Europäisierung. Aber auch die Europäisierung findet nicht in einem geschlossenen Raum statt. Wir sind in der EU ein wichtiger Pfeiler in der globalen Welt. Aber nicht in einer globalen Welt in der das Recht des Stärkeren gilt. Nicht in einer globalen Welt in der jeder gegen jeden kämpft. Es ist der Weg einer Globalisierung im Dienst der Gemeinsamkeit. Global – das heißt: umfassend. Nicht: ausschließend.

Deshalb sagen wir: Wer die Segnungen der Globalisierung nutzt und fördert, der kann sich nicht verweigern, wenn sie die eigenen Staatsgrenzen erreicht. Zu Recht waren und sind wir, die westlichen Gesellschaften, stolz darauf, dass unser Modell des menschlichen Zusammenlebens über den real existierenden Sozialismus gesiegt hat. Aber: Die Dynamik, die sich dann entfaltet hat, hat eben auch weltweite Instabilitäten geschaffen. In der ehemaligen Sowjetunion genauso wie in den zerfallenen Balkanstaaten.

Darüber hinaus hat sie auch Widerstand auf den Plan gerufen und die Welt mit einer ganz neuen Form von Terrorismus konfrontiert. Und es sind diese Schattenseiten der Globalisierung, die von uns allen allzu gerne verdrängt wurden. Das geht jetzt nicht mehr.

Jetzt kommen Hunderttausende in Deutschland an und wir geraten immer weiter unter Druck. Die Lösung des Flüchtlingsproblems ist dabei wohl leider erst der Auftakt zu einer Reihe von Herausforderungen, die wir in den kommenden Generationen zu bewältigen haben. In Europa werden wir diese Aufgaben gemeinsam lösen oder gar nicht. Die Weltgeschichte, so war neulich zu lesen, hat den großen Hammer ausgepackt. Die Weltgeschichte schmiedet die Europäische Union neu, oder sie zerschlägt sie. Deshalb tritt der BDI dafür ein, diese Union zu stärken – in der Flüchtlingsfrage, aber nicht nur dort.

Vier Schritte scheinen uns für die Stärkung der Europäischen Union grundlegend wichtig:

Erster Schritt: Mehr Tempo bei Reformen und Investitionen. Die Mitgliedsstaaten und europäischen Institutionen müssen sich besser untereinander abstimmen. Die Integration muss vorangetrieben werden. Europa braucht eine wirtschaftliche und eine industrielle Renaissance!

Zweiter Schritt: Wir müssen den Blick auf die gemeinsame Währungsunion richten. Alle Länder müssen ihre Haushalte in Ordnung bringen. Stabile Verhältnisse und Finanzsysteme sind unverzichtbar. Um das zu schaffen, müssen die auf den Weg gebrachten Reformen – etwa auf den Arbeits- und Gütermärkten – jetzt weiter mutig vorangetrieben und vertieft werden. Das geht aber nur, wenn die EU-Länder mehr Kompetenzen an die föderalen Institutionen abgeben – nicht weniger!

Dritter Schritt: Wir stehen vor der Frage, wie wir das Verhältnis der Länder der Währungsunion zu den anderen EU-Ländern gestalten. Nicht alle Länder wollen den Weg zu einer noch engeren politischen Union mitgehen. Das ist zwar nicht unbedingt das, was wir uns in Deutschland vorstellen, aber wir müssen und werden das akzeptieren.

Der britische Finanzminister George Osborne ist heute unser Gast. Er wird die Herausforderungen und die Positionen des Vereinigten Königreichs vorstellen. Für alle Europäer, aber auch in ganz besonderer Weise für uns Deutsche ist Ihr Land ein zentraler Bestandteil des Europas, das wir uns vorstellen. Der BDI setzt sich hierfür mit Überzeugung und Leidenschaft ein. Wenn Minister Osborne gleich hier ist, gebe ich ihm diese klare und eindeutige Botschaft der deutschen Wirtschaft mit nach London: Stay in!

Und vierter Schritt: Schließlich muss die EU – gemeinsam mit den NATO-Partnern – über ihre Grenzen hinaus eine stabilisierende, friedenssichernde und wohlfördernde Politik betreiben. Sie muss mehr Verantwortung übernehmen in einer Welt, die immer näher zusammenrückt. Das bedeutet: Wir brauchen eine gemeinsame Außenpolitik der EU, die diesen Namen wirklich verdient. Auch um die Ursachen und Folgen der Flüchtlingskrise besser bekämpfen und beseitigen zu können – in den Nachbarländern der Krisenstaaten, aber insbesondere in den Herkunftsländern selbst. Für den Aufbau dieses neuen, solidarischen Europa haben wir leider nicht viel Zeit.

In Europa muss deshalb klar sein, dass die Herausforderung von knapp einer Million Asylsuchenden pro Jahr nicht allein von Deutschland, Schweden oder Österreich gelöst werden kann. Hier sind alle gefordert. Es ist daher richtig, dass die Staats- und Regierungschefs Ende September auf ihrem Sondergipfel eine erste gemeinsame Strategie zur Flüchtlingskrise skizziert haben.

Dennoch kann es zugleich nur ein erster Schritt sein! Auf mittlere Sicht muss beispielsweise das nationale Asylrecht zu einem europäischen Asylrecht ausgebaut werden. Und auch die Staaten außerhalb Europas stehen in der Verantwortung. Um dieses Dilemma zu lösen, brauchen wir in der Flüchtlingspolitik europäische und internationale Lösungen. Und wir brauchen einen klaren Fahrplan und klare Spielregeln. Sonst gibt es am Ende Enttäuschungen auf allen Seiten: bei den Flüchtlingen und bei den Europäern, die sich bisher so aufgeschlossen zeigen.

Wir brauchen mehr Geschlossenheit bei der Flüchtlingskrise. Diese Situation wird dauern und eine gewaltige Kraftanstrengung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb ist mehr Einigkeit in der Koalition unabdingbar.

Die deutsche Industrie steht bereit, ihren Teil für die Integration zu leisten. Doch ich warne noch einmal davor, hier überzogene Erwartungen zu wecken. Qualifikation und Sprache können nicht herbeigebracht werden. Ebenso sind die Bedürfnisse des deutschen Arbeitsmarktes nicht nach Wunsch gestaltbar. Zentral ist es, möglichst viele Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gibt derzeit rund 600.000 offene Stellen – und dies sind nur die, die ausgeschrieben sind. Ehrlichkeit und Realismus sind notwendig, um aus einer Willkommenskultur nicht das Gegenteil entstehen zu lassen.

Unser Bundespräsident hat Recht, wenn er sagt: Unser Land, unser Kontinent, werden sich verändern. Die Globalisierung kommt jetzt auch bei uns an. Diesmal nicht nur in Gestalt preiswerter Waren und wachsenden Wohlstands, sondern in Gestalt von Menschen. Einige von ihnen werden sich schwer tun in ihrem neuen Leben, andere werden sich leichter zurechtfinden. Es wird Probleme und Spannungen geben, wahrscheinlich auch Streit.

Die Politik ist aufgefordert, das den Menschen in Deutschland klar zu sagen: Ja, wir können das schaffen. Aber es wird schwierig, und es wird unserer Gesellschaft Opfer abverlangen. Vor allem wird die Integration von Flüchtlingen Geld kosten. Die Menschen hier in Deutschland werden das mittragen, wenn sie das Gefühl haben, dass Sie mit ihrer Haltung nicht allein stehen in Europa. Und: Wenn man ihnen von vornherein die Wahrheit sagt! Sie können umso besser damit leben, je eher deutlich wird, was es für Europa zu gewinnen gibt.

Für Europa ist das alles eigentlich nichts Neues. Wir sind, was wir sind, weil wir Integration schon seit 2.000 Jahren betreiben. Allerdings kennen die allermeisten Europäer das nur aus dem Geschichtsbuch.

Seite
11 von 11

Meine eigenen Vorfahren kamen im 17. Jahrhundert aus Italien nach Deutschland. Das war lange bevor der Berliner Ostbahnhof gebaut wurde. Und Eisenbahnen fuhren auch noch keine. Aber auch sie waren Flüchtlinge. Als Protestanten hatten sie damals in ihrer Heimat keine Zukunft. In Deutschland war das anders. Und trotzdem war das Leben hier für meine Vorfahren am Anfang eines sicher nicht: einfach und sorglos. Die Grillos und aber alle anderen Europäer wissen aus ihrer Geschichte: Integration ist nicht leicht. Aber sie kann gelingen.